

Ein halbes Jahr Präsident: eine erste Zwischenbilanz

Liebe Leserin, lieber Leser

Es ist nun über ein halbes Jahr her, dass ich an der Generalversammlung zum neuen Präsidenten gewählt wurde. Meines Erachtens wird es Zeit für eine erste Zwischenbilanz:

Nach den Rücktritten von Hans-Urs Hengartner, Lukas Habermacher und Kim Iris Strelbel ging es vor allem darum, die Parteileitung neu zu formieren. Zum Glück ist es uns schnell gelungen, zwei sehr engagierte neue Mitglieder zu finden. Albert Schwarzenbach als neuer Kommunikationschef und Pascal Näf als neuer Verantwortlicher für Kampagnen und Themen üben ihre Tätigkeiten bereits mit grossem Einsatz aus. Noch nicht fündig geworden sind wir bei der Suche nach einem neuen Finanzchef.

Während und nach dieser Findungsphase, die im September mit einer ergiebigen zweitägigen Klausur im Kloster Baldegg abgeschlossen werden konnte, waren natürlich auch die Abstimmungen und die Wahlen ein grosses Thema:

Nach dem klaren Beschluss der Parteiversammlung vom 6. September nimmt die CVP Stadt Luzern aktiv am Abstimmungskampf zur «Starken Stadtregion» teil. Sie setzt sich für ein Ja zur Aufnahme der Fusionsverhandlungen mit den umliegenden Agglomerationsgemeinden ein. Wir sind überzeugt davon, dass damit sowohl die Stadt Luzern wie auch die anderen Gemeinden nur gewinnen können.

Die Nationalratswahlen wurden von unseren beiden Kandidaten sehr engagiert und fair bestritten. Pius Segmüller und Andrea Gmür haben wesentlich dazu beigetragen, dass die CVP ihr Ergebnis gegenüber den Wahlen im Jahr 2007 in der Stadt Luzern mehr oder weniger halten konnte. Leider hat Pius Segmüller die Wiederwahl in den Nationalrat knapp verpasst, was wir sehr bedauern. Im Namen der Parteileitung danke ich ihm herzlich für seine Arbeit in den letzten vier Jahren und wünsche ihm für seine persönliche und berufliche Zukunft alles Gute. Andrea Gmür hat ein sehr gutes Resultat erreicht, wozu wir ihr ganz herzlich gratulieren. Nicht zu vergessen ist unser Parteileitungsmitglied Pascal Näf, der für die JCVP kandidiert und ebenfalls ein respektables Ergebnis erzielt hat.

Der Stadtratswahlkampf hat ebenfalls begonnen und findet schon jetzt eine hohe mediale Beachtung. Für die CVP geht es darum, eine Mehrheit für die mitteorientierten, konstruktiven Kräfte zu erreichen. Mit Stefan Roth stellt sie einen kompetenten und integrativen Kandidaten für das Stadtpräsidium.

Mit Ihrer Hilfe werden wir die Abstimmungen vom 27. November und die Stadtrats- und Grossstadtratswahlen am 6. Mai 2012 gewinnen. Ich zähle auf Sie!

Ivo Bühler, Parteipräsident

Agenda

- | | |
|-------------------|---|
| 27. November 2011 | Abstimmungssonntag
(u.a. Starke Stadtregion, Luzern mit Strom ohne Atom) |
| 30. November 2011 | Parteiversammlung CVP Stadt Luzern / Nomination(en) Stadtratswahlen |
| 6. Januar 2012 | Dreikönigskuchenaktion / Neujahrsapéro |
| 24. Januar 2012 | Parteiversammlung CVP Stadt Luzern / Nominationen Grossstadtratswahlen |
| 6. Mai 2012 | Stadtrats- und Grossstadtratswahlen. |

Warum die CVP für die «Starke Stadtregion» eintritt

Die Zukunft beginnt heute

Was wird morgen? Und wie wollen wir auf dieses Morgen zugehen? Die Antwort der CVP lautet: mit der «Starken Stadtregion». Mit Überzeugung stimmt die Partei am 27. November Ja, damit Fusionsverhandlungen mit den umliegenden Gemeinden, die dazu bereits sind, beginnen können.

Die CVP war die Partei, die wesentlich zur Fusion von Littau und Luzern beigetragen hat. Jetzt folgt der zweite Schritt: der Aufbau einer «Starken Stadtregion». In der Stadt, in Kriens und in Ebikon wird am 27. November entschieden, ob Fusionsverhandlungen aufgenommen werden sollen. In Adligenswil ist das Geschäft in der darauffolgenden Woche an einer Gemeindeversammlung traktandiert. Die Stimmberechtigten von Emmen äussern sich im kommenden Frühling dazu. Über eine eigentliche Fusion wird dagegen erst in zwei bis drei Jahren entschieden.

Gesamtsicht fehlt

Was spricht dafür, dass die Stadt die Fusionsverhandlungen aufnimmt? Heute findet eine BZO-Revision in der Stadt statt und gleichzeitig eine Ortsplanungsrevision in Adligenswil. Jede Gemeinde diskutiert über verdichtetes Wohnen, den Zonenplan und Firmenansiedlungen. Was fehlt, ist die Gesamtsicht. Es reicht eben nicht, dass Adligenswil mit der Stadt nur über die Schnittstelle Schärüti diskutiert. Es braucht eine Diskussion über Grünzonen, die für die ganze Region und nicht nur für eine Gemeinde definiert werden sollen. Wer betroffen ist, soll mitreden können. Auf das Bireggquartier wirken sich die Hochhäuser auf der Allmend mehr aus als auf das Wesemlinquartier - und ihre Bewohner können dazu nichts sagen, weil sie eben in Horw ihre Steuern zahlen.

Jede Gemeinde schaut nur für sich

Die Mobilitätsprobleme können nur über die Gemeindegrenzen hinaus gelöst werden. Wenn Kriens besser erschlossen werden möchte, so geht das nicht ohne die Stadt. Soll das Agglomerationsprogramm verwirklicht werden, braucht es dazu die Agglomerationsgemeinden. Die heutigen Strukturen fördern dieses Denken nicht. Jede Gemeinde schaut nur für sich. Der Gemeinderat von Kriens will das Beste für seine Gemeinde herausholen und nicht für die Stadtregion. Absprachen sind zeitaufwendig und zu wenig effizient.

Alleingang zu teuer

Im Abstand von wenigen Kilometern gibt es Gemeindehäuser, Gemeinderäte, Einwohnerräte, Einwohnerkontrollen, Steuerämter und Sozialämter. Ist das angesichts der leerer werdenden Kassen sinnvoll? Überall werden Kräfte gebündelt, um Kosten zu sparen. Künftig soll das auch in der Stadtregion geschehen. Die Stadt arbeitet in rund 40 regionalen Gremien mit. 40mal Sitzungseinladungen, Stadträte und Verwaltungsleute eilen von Termin zu Termin. Ein grosser Koordinationsaufwand entsteht, viel Energie geht verloren – und die Kosten dafür deckt der Steuerzahler.



Andere werden mehr gehört

Luzern steht im Wettbewerb mit andern Regionen. Die Studien der Hochschule Luzern Wirtschaft zeigen es: Nur Fusionen bringen die Grösse und den Einfluss, um langfristig gute Karten zu haben. Typisches Beispiel ist der Tiefbahnhof. Natürlich können die Luzerner National- und Ständeräte in Bern lobbyieren. Aber, und das sagen eben diese Parlamentarier, dazu braucht es eine starke Basis, eine starke Stadt, die Stadtregion. Sonst werden andere mehr gehört.

Projekt der Solidarität

Die Stadtregion ist ein Projekt der Solidarität. Nicht nur der Stadt soll es gut gehen. Die Verantwortung dafür hört nicht an den Gemeindegrenzen auf. Dass Bauprojekte für Betagten- und Pflegeheime in der Stadt zurückgestellt worden sind, um den Staffelnhof wunschgemäss umzubauen, ist ein Beispiel dafür. Ein wichtiger Teil des Projekts ist die Quartierpolitik. Die Identität, die Geborgenheit, die Bürgernähe - das sind die Werte, die von der CVP vertreten werden, im Kleinen wie im Grossen. Ohne dabei aber die finanziellen Aspekte zu vernachlässigen.

Auf gleicher Augenhöhe

Dass politische Entscheide auch durch den Bauch gehen, ist bekannt. Bei der «Starken Stadtregion» wird das nicht anders sein. Die weichen Faktoren sind stark zu gewichten. Zu ihnen gehört auch, wie die Stadt mit den Agglomerationsgemeinden umgeht. Die CVP will, dass der Fusionsvertrag auf gleicher Augenhöhe ausgearbeitet wird. Und für alle Beteiligten etwas bringt. So kann sich die Fraktion gut vorstellen, dass ein Teil der Verwaltung der neuen Stadt Luzern im Gersag-Zentrum in Emmenbrücke und nicht mehr auf dem alten Stadtgebiet untergebracht wird.

Erfolgreiche Fusion mit Littau

Was Fusionen betrifft, gibt es bereits eine erste wichtige Erfahrung: die Fusion Littau Luzern. Was daran interessiert, ist die Sicht der Bevölkerung. Noch ist es zu früh für abschliessende Aussagen. Aber vieles lässt sich bereits im Gespräch mit den Betroffenen feststellen.

Die CVP hat eine Liste mit den Vorteilen und Nachteilen zusammengestellt, die den Schluss zulässt: Die Bilanz der Fusion Littau Luzern fällt positiv aus. Für künftige Fusionen besteht eine gute Grundlage.

Kein Graben zwischen Stadt und Kanton

Was kosten weitere Fusionen? Der Kanton hat erste Aussagen gemacht, was er zahlen könnte, wenn das Volk es denn so will. Die Rede ist von 33 bis 50 Millionen. Allerdings braucht es nur soviel Geld, wenn alle Agglomerationsgemeinden mitmachen, was im Moment wenig wahrscheinlich ist. Um alle Fakten auf dem Tisch zu haben, braucht es jetzt den nächsten Schritt, den Fusionsvertrag. Ob der Kanton dereinst zahlen wird, wird sich weisen. Bei einer Mit-

gliederumfrage der CVP hat sich rund 60 Prozent der Befragten dafür ausgesprochen. Notabene haben Leute aus dem ganzen Kanton geantwortet, also auch aus dem Hinterland. Es ist nicht so, dass bei dieser Frage a priori ein Graben zwischen Stadt und Land entsteht.

Die «Starke Stadtregion» ist eine Vision. Die CVP sieht die Chancen und blendet gleichzeitig die Risiken nicht aus. Im meinem Büro hängt der Spruch: «Ein Schiff, das im Hafen liegt, ist sicher. Aber dafür werden Schiffe nicht gebaut.» Genau so ist es mit diesem Projekt.

Albert Schwarzenbach, Grossstadtrat

BZO-Revision

Am Samstag, 1. Oktober, hat die CVP ein Forum zur anstehenden Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) durchgeführt. Stadtrat Kurt Bieder (FDP) hat die komplexe Vorlage kompetent vorgestellt und auf die verschiedenen Problemfelder hingewiesen.

Die anschliessende Diskussion hat der Grossstadtratsfraktion erste wichtige Impulse für die bevorstehende Debatte im Rat gegeben.

Das Ziel des Stadtrates ist ambitiös. Zunächst müssen alle Einsprachen (mehr als 200) erledigt werden, danach wird der definitive Bericht erarbeitet, um dann in der parlamentarischen Baukommission und schliesslich im Parlament (Frühling 2012!) verabschiedet zu werden. Die Volksabstimmung ist für den Herbst 2012 terminiert.

Die Kernbotschaft der BZO-Revision heisst verdichtetes Bauen, um künftiges Wachstum in der Stadt Luzern zu ermöglichen. Dazu sieht die Revision verschiedene Ideen vor. Einerseits werden bisherige reine Gewerbe- und Bürozone zu sogenannten Arbeitszone mit einem stipulierten Wohnanteil umgezont. Andererseits wird vorgeschlagen, vier Zonen zu benennen, wo höhere Häuser zugelassen werden sollten. Schliesslich wird auch eine Flexibilisierung angestrebt, um aus Büroraum Wohnungen zu machen und umgekehrt.

Heisse Eisen der Diskussionen werden die Hochhäuser, der Wohnanteil, der sogenannte Qualitätsartikel, der dem Stadtrat sehr grossen Interpretationsspielraum hinsichtlich der Baubewilligung lässt, die Tourismuszone sowie der gemeinnützige Wohnungsbau sein.

Ein klares Bekenntnis legt der Stadtrat in Bezug auf die städtischen Grünflächen ab. Diese ‚grünen Lungen‘ möchte denn auch die CVP erhalten. Ob das verdichtete Bauen alleine dazu reicht oder ob es weitergehende Massnahmen braucht, wird die Debatte nächstes Frühjahr zeigen.

Das CVP-Forum hat sich hinsichtlich der Hochhausdebatte offen gezeigt, ebenfalls sieht man einen vorgeschriebenen Wohn- und Arbeitsanteil als eine gute Lösung an. Der gemeinnützige Wohnungsbau ist sodann für Luzern mit seinen vielen Baugenossenschaften unverzichtbar.

Gerne werden wir Sie auf dem Laufenden halten und jederzeit über die weiteren Schritte hin zur Volksabstimmung informieren.

Thomas Gmür, Grossstadtrat



Verlangen Sie weitere Informationen:

BDO AG
Landenbergstrasse 34
6002 Luzern
Tel. 041 368 12 12 oder
www.bdo.ch

Prüfung • Treuhand • Beratung



Pro – Kontra «Luzern mit Strom ohne Atom»

PRO Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag von Stadtrat und Parlament will den Atomausstieg für die Stromproduktion auch! Nur will er ihn nicht um jeden Preis bis im Jahre 2035. Der Gegenvorschlag besteht aus einem Reglement, das im Gleichschritt mit den Bundesbeschlüssen den Atomausstieg vorschreibt, spätestens aber im Jahre 2045. Wird der Bund einen früheren Ausstieg ansetzen, so muss die Stadt Luzern selbstverständlich dies auch so machen. Ein Alleingang unserer ewl ist nicht vertretbar! Müsste der Ausstieg mit einer Insellösung bereits 2035 sein, würde die Ertragskraft der ewl und damit der Wert des Unternehmens um 65 Millionen Franken sinken. Dieses Geld sollte aber für den Umstieg auf die erneuerbaren Energien zur Verfügung bleiben. Der Unternehmenswert würde noch stärker sinken und als Folge davon wäre die ewl gezwungen, den Strompreis bei ihren Kunden (also bei Haushalten und Gewerbebetrieben) überproportional und alleine für die Stadt Luzern massiv zu erhöhen. Das Reglement will aber noch viel mehr. Dahinter steht eine Gesamtenergiebetrachtung. Diese ist sehr umfassend und nimmt Vorgaben des Kantons auf: Die 2000-Watt-Gesellschaft sowie ein Absempfad der Treibhausemissionen auf 1tCO₂ pro Kopf bis im Jahre

2050 sind im Energiereglement verankert. Auch das ist sehr ehrgeizig.

Die Forderung der Volksinitiative grenzt an Zwängerei. Sie sagt fast nichts zu den Erneuerbaren, nichts zum Energiesparen. Will die Stadt Luzern alleine den Atomausstieg erzwingen, so wird uns das extrem teuer zu stehen kommen. Die ewl würde vor die Frage gestellt, ob sie überhaupt noch als Stromproduzentin existieren könne. Machen wir das aber in der ganzen Schweiz gleichzeitig, so wird das für alle Akteure vertretbar sein.

Wer für den Atomausstieg einsteht und das mit Bedacht, energisch, aber sorgfältig machen will, der wird am 27. November dem Gegenvorschlag den Vorzug geben.

Markus Mächler
Grossstadtrat CVP Stadt Luzern
Co-Präsident Komitee Gegenvorschlag

Frisches Blut in der Parteileitung



Pascal S. Näf

Jahrgang: 1978
Wohnquartier: Bruch
Ausbildung: Informatik Ing. FH (in Horw),
EMBA FH (in Zürich)
Beruf: gelernter Elektroniker,
anschliessend Informatiker
Politische Tätigkeiten: Kandidatur KR und NR



Parteiversammlung CVP Stadt Luzern

6. September 2011/ 1

Albert Schwarzenbach

Jahrgang: 1953
Wohnquartier: Altstadt
Ausbildung: Wirtschaftsgymnasium Bern/
Lehrerseminar Bern /General Management-Diplom
Beruf: Geschäftsführer der Kommunikationsagentur
Polykomm und Beauftragter für Kommunikation
der Messe Luzern
Politische Tätigkeiten: seit 2007 für die CVP im Grossen
Stadtrat



Parteiversammlung CVP Stadt Luzern

6. September 2011/ 2

Impressum

Herausgeberin:

CVP Stadt Luzern
Maihofstrasse 70
Postfach 6856
6000 Luzern 6
Telefon 041 420 77 24
Telefax 041 420 48 00
www.cvp-luzern.ch
cvp.lu-stadt@tic.ch
PC 60-7222-9

Druck:

UD Print AG, Luzern

Grafik:

sign
Agentur für Kommunikation

Auflage:

1'650 Exemplare
November 2011